
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion; Re-Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben in der Stadt Ludwigshafen

KSD 20090272

Stellungnahme der Verwaltung

Viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge werden durch städtische Töchter erbracht, die in Form einer Aktiengesellschaft oder GmbH organisiert sind. Eine Rekommunalisierung in Form eines Eigenbetriebes oder ähnliches kann in diesen Fällen nicht empfohlen werden, es ist nicht ersichtlich, welche Vorteile dies für die Stadtverwaltung bringen sollte.

Soweit sich die Anfrage auf das Outsourcing von Aufgaben durch Auftragsvergabe an Dritte betrifft, so erfolgt eine solche Auftragsvergabe immer in den Fällen, in denen die Stadtverwaltung weder die eigenen Kenntnisse, noch die personellen und sachlichen Kapazitäten hat. Fälle öffentlicher Auftragsvergabe sind auch solche, bei denen sich die Stadtverwaltung temporär für Aufgaben (z. B. Catering bei der Stadtranderholung, etc.) der Hilfe Dritter bedient. Schließlich wurden Aufgaben ausgegliedert, die von Dritten wirtschaftlicher erbracht werden können (Reinigungsdienste in Schulen).

So wurde zum Beispiel die Sicherstellung der Reinigung städtischer Gebäude von Eigenreinigung auf externe Reinigung im Jahr 2005 umgestellt. Zwischen 2005 und 2008 wurde das städtische Personal von 104 auf 63 Reinigerinnen gesenkt. Hinsichtlich dieser Maßnahme konnten bis jetzt 600.000,- € Kosten bei steigender Tendenz eingespart werden.

Weitere Beispiele aus dem weiten Feld der Verwaltung sind: Beauftragung von Ingenieurleistungen, Architektenleistungen, Bauleistungen, IT-Dienstleistungen, PR- und Öffentlichkeitsdienstleistungen, Unterstützung bei Gestaltungen, Fotoarbeiten, Broschüren, Catering bei öffentlichen Veranstaltungen und vieles mehr.

Aufgrund der bestehenden Haushaltslage käme eine Rekommunalisierung von Aufgaben ohnehin nur in Betracht, wenn nachgewiesen wäre, dass durch die dauerhafte Personaleinstellung, die für die Aufgabenerfüllung notwendig ist, keine wirtschaftlichen Nachteile für die Stadtverwaltung entstehen. Der Verwaltung ist im Übrigen nicht bekannt, welche Aufgaben in anderen Stadtverwaltungen rekommunalisiert worden sind.

Vielmehr gibt es eine Tendenz, Aufgaben in Eigenbetriebe auszulagern und Wirtschaftsgesellschaften etc. zu gründen, um Aufgaben die nicht zum Kernbereich der öffentlichen Verwaltung gehören, wirtschaftlicher darstellen zu können. Aus alle dem folgt, dass eine eventuelle Rekommunalisierung aufgrund der angespannten Haushaltssituation nur in seltenen Einzelfällen in Frage kommen kann.